Bezirksausschuss des 9. Stadtbezirkes

Neuhausen - Nymphenburg

Landeshauptstadt
München

Vorsitzende
Leonie Lobinger

E-Mail: vorsitz@ba09.de

Landeshauptstadt München, BA-Geschäftsstelle Nord
Hanauer Str. 1, 80992 München

Mitglieder und Gäste
des Bezirksausschusses 9
Neuhausen – Nymphenburg

Geschäftsstelle:
Hanauer Str. 1
80992 München
Telefon: 233-28022
E-Mail: BA9@muenchen.de

Protokoll

zur Sitzung des Bezirksausschusses 9
am 24. Februar 2026 ab 19:00 Uhr
im Kultur im Trafo / Saal,
Nymphenburger Str. 171 a, 80634 München

1. Feststellung über die form- und fristgerechte Ladung, Beschluss über die TO, Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

1.1 Anwesenheit gem. Anwesenheitsliste. Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäße Ladung werden festgestellt. Die Sitzung findet (für BA-Mitglieder und Presse) als Hybrid-Sitzung statt.

1.2 Beschluss über die Tagesordnungen
Den Tagesordnungen (in der Version der hiesigen öffentlichen Tischvorlage sowie in der Version der nicht-öffentlichen Tischvorlage) zur BA-Sitzung am 24.02.2026 wird ohne weitere Nachträge jeweils **einstimmig zugestimmt**.

1.3 Genehmigung der Protokolle der vergangenen Sitzung am 20.01.2026
Zustimmung, einstimmig

1.4 Beschluss über die Gewährung von Bild- und Tonaufnahmen des Bayerischen Rundfunks im Rahmen eines Wortbeitrags durch einen Bürger (vgl. TOP 2.1.4 und TOP 3.2.7)
Zustimmung, einstimmig

2.1 Anliegen von Bürger*innen

1. Ein Künstler aus München stellt sein Projekt vor, welches als Entscheidungsfall unter TOP 7.1.7 auf der Tagesordnung zu finden ist. Das Projekt soll die aktive Teilhabe der Anwohner an kulturellen Initiativen fördern. Der Bürger weist darauf hin, dass viele Menschen seine Projekte bereits im Internet schätzen. Das vorgestellte Vorhaben umfasst die Gestaltung eines Wandbildes an einer Fläche an der Leonrodstraße. Ziel des Projekts ist es, die Geschichte und Identität des Stadtteils visuell darzustellen und die kulturelle Vielfalt der Anwohner widerzuspiegeln. Der Bürger betonte die Bedeutung eines Dialogs mit der Gemeinschaft und präsentierte ein Beispielbild aus Pasing, um seine künstlerische Vision zu illustrieren.

Er erläuterte die Herausforderungen, die mit der Gestaltung der bestehenden Fassade verbunden sind, die durch ihr Alter und witterungsbedingte Einflüsse beeinträchtigt ist. Zudem ist eine sorgfältige Vorbereitung der Fassade erforderlich, um eine geeignete Grundlage für die Malerei zu schaffen. Der Bürger bringt Erfahrung in der kleinteiligen Wandmalerei mit. Ein weiterer Aspekt des Projekts ist die geplante Versiegelung des Wandbildes, die dazu dienen soll, es vor Vandalismus zu schützen und die Möglichkeit zu bieten, unerwünschte Graffiti zu entfernen. Der Bürger berichtete, dass er bereits seit mehreren Wochen an der Planung und Umsetzung dieses Vorhabens arbeitet und dass das Kulturreferat in den Prozess eingebunden wurde. Er äußerte die Hoffnung auf die Unterstützung der Anwesenden für dieses kulturelle Projekt, das zur Bereicherung der Gemeinschaft beitragen soll.

2. Eine Bürgerin aus Neuhausen-Nymphenburg äußert Bedenken hinsichtlich der Sicherheit im Bereich der Trambahnhaltestelle Olympiapark West. Sie berichtet von einem Vorfall am 21. März 2025, bei dem ein Auto auf der Haltestelle landete. Die Anwohnerin betonte, dass es ein Wunder sei, dass dabei niemand zu Schaden gekommen ist, insbesondere da an dieser Stelle regelmäßig Passagiere, einschließlich Rollstuhlfahrer, ein- und aussteigen. Sie erkundigte sich, ob die zuständigen Behörden von diesem Vorfall Kenntnis haben und welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Sicherheit an dieser Haltestelle zu gewährleisten. Die Anwohnerin wies darauf hin, dass die Polizei den Vorfall dokumentiert hat und bat um Informationen über die weiteren Schritte, die zur Verbesserung der Sicherheit in diesem Bereich unternommen werden.
Herr Lipkowitsch äußert, dass an der betreffenden Haltestelle häufig Unfälle auftreten, insbesondere durch freilaufende Rechtsabbieger, die an der Haltestelle nicht mehr vorbeikommen. Er informiert die Anwesenden darüber, dass eine Hecke wieder gepflanzt wird, um die Sicherheit an der Haltestelle zu verbessern. Er weist darauf hin, dass die Haltestelle noch nicht vollständig fertiggestellt ist und betonte, dass es von Seiten des BA Initiativen gibt, um die Sicherheit an den Haltestellen zu erhöhen. Herr Lipkowitsch äußert den Verdacht, dass das Fahrverhältnis an dieser Stelle in Bezug auf den vergangenen Unfall nicht normal gewesen sei.
Daraufhin meldet sich die Bürgerin erneut zu Wort und plädiert nochmals für die Sicherheit im Bereich des Danteparks, insbesondere in Bezug auf den barrierefreien Ampelübergang. Sie betont die Notwendigkeit, Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit an diesem Übergang zu verbessern.
Herr Lipkowitsch bestätigt, dass das Thema der Sicherheit am barrierefreien Ampelübergang am Dantepark bereits bekannt ist. Er berichtet, dass die MVG bereits vor Ort war und die Situation erläutert hat. Er weist darauf hin, dass es nicht ratsam sei, die Straße an dieser Stelle quer zu überqueren, auch wenn dies einen kleinen Umweg bedeutet. Herr Lipkowitsch betont jedoch, dass es schwierig ist, das Verhalten der Fußgänger zu kontrollieren, insbesondere wenn diese trotz roter Ampel die Straße überqueren.

3. Ein Bürger aus dem Stadtbezirk äußert seine Zufriedenheit mit der Sauberkeit in München, zeigt sich jedoch überrascht über die ständigen Einladungen von verschiedenen Personen, die Interesse am Kauf seines Autos bekunden. Er berichtet, dass er diese Angebote sammelt und regelmäßig entsorgt, weist jedoch darauf hin, dass nicht alle Bürger dies tun. Der Bürger stellt die Frage, warum solche Praktiken erlaubt und toleriert werden. Er informiert den BA darüber, dass die Polizei ihm mitgeteilt habe, dass es schwierig sei, die Personen zu ermitteln, die für diese unerwünschte Werbung verantwortlich sind. Der Bürger bittet um Klärung und mögliche Maßnahmen, um dieses Problem anzugehen.
Frau Lobinger erklärt, dass die Frage, ob das Verteilen unerwünschter Werbung strafbar ist, von der Seite des BA nicht bewertet werden könne. Sie schlägt vor, das Thema der Polizei im Rahmen der nächsten Sitzung zu unterbreiten.

4. Ein weiterer Bürger aus Neuhausen-Nymphenburg bringt seine Bedenken hinsichtlich der Geschwindigkeitsregelung in der Landshuter Allee vor. Er stellt fest, dass absehbar ist, dass die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h bestehen bleibt, jedoch bedauert er, dass die Polizei nicht anwesend ist, um die Einhaltung dieser Regelung zu überwachen.
Der Bürger äußert sein Ärgernis darüber, dass die Geschwindigkeitsvorgaben häufig missachtet werden, insbesondere in der Nähe seiner Wohnadresse an der Kreuzung Leonrodstraße /

Landshuter Allee. Er appelliert an die zuständigen Behörden, die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h konsequent durchzusetzen und regelmäßige Kontrollen durchzuführen. Zudem weist er auf die damit verbundene Unachtsamkeit der Verkehrsteilnehmer hin und forderte Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit in diesem Bereich.
Herr Lipkowitsch schließt sich den Bedenken des vortragenden Bürgers an und betont, dass die Situation an der Kreuzung der Landshuter Allee schwierig sei. Er beobachtet, dass viele Verkehrsteilnehmer bereits bei Umschaltung der Ampel auf Gelb beschleunigen und sehr hohe Geschwindigkeiten erreichen. Er informiert, dass die Zuständigkeit für Verkehrsmaßnahmen beim Freistaat liege, der in Bezug auf die Installation von Blitzern sehr zurückhaltend sei. Herr Lipkowitsch erklärt, dass erst nach mehr als drei gleichartigen Unfällen an einer Stelle Maßnahmen ergriffen werden können. Er äußert seine Besorgnis, dass es ein langwieriger Prozess sein könnte, bis an der Kreuzung tatsächlich Blitzer installiert werden.
Herr Meyer verweist auf die jüngsten Äußerungen des Oberbürgermeisters, der betont habe, dass die Diskussion über die Tempo-30-Regelung weiterhin anhalten werde. Er erklärt, dass die Anwohner seit Jahren besorgt sind, wie ihre Gesundheit in diesem Zusammenhang geschützt werden kann. Herr Meyer warnt davor, sich in dieser Angelegenheit Hoffnungen zu machen, solange das rechtskräftige Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Er betont, dass es notwendig sei, bis zu diesem Abschluss zu warten, bevor über die Installation von Blitzern nachgedacht werden könne. Des Weiteren appelliert er, Lösungen für die Landshuter Allee zu finden, da der Gesundheitsschutz auch den Lärmschutz umfasst. Er äußert den Wunsch nach alternativen Maßnahmen, um die Immissionen in diesem Bereich zu reduzieren und die Lebensqualität der Anwohner zu verbessern.
Herr Lirawi berichtet von verschiedenen kleinteiligen Maßnahmen, die bereits umgesetzt wurden, wie beispielsweise die Einrichtung von Parkzonen. Er stellt jedoch fest, dass die umfassende Gestaltung und Lösung des Problems offenbar aufgegeben wurde. Er betont, dass das Problem zwar anerkannt werde, jedoch nicht in einem größeren Umfang angegangen wird. Herr Lirawi fordert dazu auf, den Mut zu entwickeln, großflächige Lösungen zu finden, um die Verkehrssituation nachhaltig zu verbessern und die Lebensqualität der Anwohner zu erhöhen.
Frau Mühlhäuser äußert ihre Bedenken zum Bau eines Tunnels, den sie nicht als zielführend ansieht. Sie betont, dass der Schutz der Anwohner und die Lärmminderung für sie von großer Bedeutung sind. Sie berichtet, dass der Verkehr auf dieser Hauptverkehrsstraße fließen müsse und dass Einschränkungen möglichst geringgehalten werden sollten, weshalb eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 km/h angestrebt wird. Frau Mühlhäuser spricht sich zudem für die Einführung von Streckenblitzern aus, um die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzungen zu überwachen und somit zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und Reduzierung der Lärmbelastung beizutragen.

5. Ein Bürger, der seit 1992 in Neuhausen wohnt, berichtet über seine Beobachtungen zur Verkehrssituation an der Landshuter Allee / Leonrodstraße. Er stellt fest, dass der Verkehr dort sehr stark ist und die Busse nicht flüssig durchfahren können, da Autos häufig den Verkehrsfluss blockieren. Der Bürger appelliert, eine Lösung für dieses Problem zu finden. Er weist darauf hin, dass der Schienenbereich klar markiert werden sollte, um sicherzustellen, dass Autos nicht darauf stehen bleiben. Dies würde dazu beitragen, Unfälle zu verhindern, da er bereits mehrere Vorfälle in diesem Bereich beobachtet hat. Er betont, dass die Ampel an dieser Stelle so gestaltet sein sollte, dass der Bereich für die Straßenbahn freigehalten wird. Der Bürger argumentiert, dass eine entsprechende Markierung des Schienenbereichs Abhilfe schaffen und die Sicherheit im Straßenverkehr erhöhen könnte.

2.2 Fragen an die Polizeiinspektion

Vertreter*innen der Polizeiinspektion sind heute entschuldigt und somit nicht anwesend.

2.3 Berichte der Beauftragten

3. Unterausschuss für Verkehr

3.1 Entscheidungsfälle

1. (E) Ergänzung Verkehrsschilder mit Zusatz „Carsharing“ in der Winthir- und Renatastraße
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 02368 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhausen vom 06.11.2024
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18853

- einstimmig beschlossen Zustimmung
Zustimmung, einstimmig

2. (E) Dauerhafte Geschwindigkeitsabsenkung in der Wendl-Dietrich-Straße mit Ausweitung bis Rotkreuzplatz
Einführung einer dauerhaften Geschwindigkeitsabsenkung in der Wendl-Dietrich-Straße mit Ausweitung bis Rotkreuzplatz
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 01698 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhausen vom 28.11.2023
Tempo 30 in der Wendl-Dietrich-Straße und Ausweitung zum Rotkreuzplatz
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 02367 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhausen vom 06.11.2024
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19173

- einstimmig beschlossen Zustimmung
Zustimmung, einstimmig

3. (E) Polizeiliche Überwachung der Einfahrt von der Landshuter Allee in die Leonrodstraße
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 03241 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhausen vom 24.11.2025
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19078

- einstimmig beschlossen Zustimmung
Zustimmung, einstimmig

4. Entscheidung gemäß Vollmacht des Oberbürgermeisters vom 09.04.2018 über Standortgenehmigung für Parkscheinautomaten
Änderung Parklizenzgebiet St.-Vinzenz-Viertel / Marlene-Dietrich-Straße

- einstimmig beschlossen Zustimmung mit Verbesserungsvorschlag mit Antwortschreiben UA Vorsitzender

SgDuH,
der BA9 stimmt grundsätzlich zu, möchte aber anregen, die Parkautomaten versetzt in der Marlene-Dietrich-Straße aufzustellen, um die Erreichbarkeit zu verbessern. Die aktuell geplante Positionierung jeweils gegenüber auf der anderen Straßenseite erscheint uns nicht optimal.
Zustimmung, einstimmig

3.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. CSU/FDP-Fraktion: Antrag - Zukunftsfähige, vernetzte und städtebaulich verträgliche Weiter-
WV entwicklung der Landshuter Allee – Nutzung der anstehenden Brückenmaßnahmen als inte-
03/ griertes Infrastrukturfenster
20
26

- einstimmig beschlossen Anpassungen (Tunnelverlängerung rausnehmen? „gleichwertig“ streichen, Ziel Anwohner entlasten betonen) bis zum Plenum, dann erneute Diskussion im Plenum

Herr Lipkowitsch beantragt die Vertagung des Antrags und informiert die Anwesenden darüber, dass am 10.02.2026 ein Gespräch mit dem MOR stattfinden wird. Er erachtet es als sinnvoll, die Diskussion bis nach diesem Termin zu verschieben, um die dort gewonnenen Informationen und Erkenntnisse in die weitere Entscheidungsfindung einfließen zu lassen.
Herr Meyer berichtet, dass möglichen Ergänzungen zum vorliegenden Antrag vorliegen. Er betont, dass dieses Thema aktuell und von großer Bedeutung ist. Daher plädiert er für eine Beschlussfassung, um die notwendigen Maßnahmen schnellstmöglich umzusetzen.

Abstimmung im Plenum (über die Vertagung in die März-Sitzung):
Zustimmung, mehrheitlich (u.a. gegen die Stimmen der FW-, CSU- und FDP-Fraktion)

2. CSU-Fraktion: Antrag - Bodenabsenkungen und Gefährdungslagen im Bereich von Tram-Haltestellen – Prüf-, Überwachungs- und Sicherungskonzepte

- mehrheitlich abgelehnt gegen Stimmen der CSU und zwei Stimmen SPD

Herr Lirawi führt zu diesem Antrag aus, dass die Sicherheit der Bevölkerung von größter Bedeutung ist. Er bat die Anwesenden um Zustimmung zum vorgeschlagenen Antrag seiner Fraktion.
Herr Lipkowitsch äußert seine Bedenken hinsichtlich der Effektivität der Verwaltung in Bezug auf die geforderten Konzepte. Er bezweifelt, dass die Verwaltung einen zielführenden Rundgang durchführen würde, der den Bedürfnissen der Bürger gerecht wird.
Herr Meyer beantragt eine Vertagung des Antrags und verweist auf einen Vorfall in Laim sowie am Leonrodplatz. Er hält es für wichtig, nachzufragen, woran die Probleme in diesen Bereichen liegen und wo möglicherweise ähnliche Situationen auftreten könnten.
Herr Schwirz äußert sich über den Vorfall, bei dem eine Bürgerin in ein Loch gefallen ist, und äußert, dass es in einem solchen Fall sicherlich hilfreich gewesen wäre, wenn rechtzeitig Maßnahmen ergriffen worden wären. Er betont, dass es die Aufgabe der Stadtverwaltung sei, in solchen Situationen Abhilfe zu schaffen und die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten.
Herr Norden bezeichnet den Antrag als reaktiv und begründet dies damit, dass er erst nach dem Vorfall, der sich ereignet hat, zur Sprache kommt. Er betont, dass, wenn solche Probleme nicht bereits im Vorfeld angegangen werden, dies das Vertrauen in die Stadtverwaltung beeinträchtigen könne.
Herr Retterath bekräftigt, dass die Sicherheit der Bürger*innen oberste Priorität hat, wie bereits von Herrn Norden ausgeführt wurde. Er äußert die Erwartung, dass seitens der Stadt regelmäßige Kontrollen stattfinden, um die Sicherheit zu gewährleisten. Allerdings stellt er in Frage, ob der vorliegende Antrag tatsächlich wirksam sein wird und ob er nicht eher als eine Art „Beschäftigungstherapie“ für die Verwaltung angesehen wird.
Herr Lipkowitsch bezieht sich nochmals auf den Unfall am Leonrodplatz. Er erklärt, dass der Vorfall durch eine Unachtsamkeit eines Poliers auf der Baustelle verursacht wurde. Er betont, dass es sich um einen bedauerlichen, aber letztlich isolierten Unfall handelte.
Herr Schwirz betont, dass eine Reaktion auf Vorfälle wie den Unfall an der Trambahnhaltestelle selbstverständlich sei. Er fordert die Stadtverwaltung auf, entsprechende Überprüfungen durchzuführen, um die Sicherheit der Bürger*innen zu gewährleisten. Er weist jedoch entschieden zurück, dass die Aktivitäten der Verwaltung als „Beschäftigungstherapie“ abgetan werden sollten. Vielmehr handle es sich um eine verantwortungsvolle Reaktion im Sinne der Bürger*innen, die darauf abzielt, Sicherheitsrisiken zu identifizieren und zu beheben.
Herr Lirawi erinnert die Anwesenden daran, dass das Thema bereits vor einigen Monaten im Zusammenhang mit einem weiteren Antrag seiner Fraktion behandelt wurde. Er betont die Möglichkeit, in diesem Sinne nachzufragen, um Transparenz zu schaffen.

Abstimmung im Plenum:
Ablehnung, mehrheitlich (u.a. gegen die Stimmen der CSU- und FDP-Fraktion)

3. SPD-Fraktion: Antrag - Verstärkung ÖPNV zu Veranstaltungen im Olympiapark während der Bauphase Landshuter Allee-Brücke über die Dachauer Straße

   - einstimmig beschlossen Zustimmung
   Zustimmung, einstimmig

4. ÖDP-Fraktion: Antrag - Verkehrssicherheit Gerner Straße

   - einstimmig beschlossen Weiterleitung Baureferat
   Zustimmung, einstimmig

5. ÖDP-Fraktion: Antrag - Verkehrssicherheit Renatastraße / Wendl-Dietrich-Straße

   - einstimmig beschlossen Vertagung ins Plenum

   Herr Önder äußert seine Bedenken hinsichtlich der Erneuerung der Markierung und die daraus resultierende Nutzung von Fahrbahn und Radweg. Er betont, dass er, wenn er auf der Fahrbahn fährt, nicht in die Situation kommen möchte, erklären zu müssen, warum er sich nicht auf dem Radweg befindet
   Herr Lipkowitsch stellt fest, dass der Fahrradweg im rechtlichen Sinne nicht mehr existiert und dass die Stadtverwaltung nicht beabsichtigt, diesen erneut zu markieren. Er weist darauf hin, dass dies bedeutet, dass der vorliegende Antrag wahrscheinlich ins Leere laufen wird, da die grundlegenden Voraussetzungen für die geforderte Maßnahme nicht gegeben sind.
   Herr Önder erläutert, dass der Fahrradweg sowohl nördlich als auch südlich baulich eingerichtet ist und tatsächlich von Radfahrer*innen genutzt wird. Er betont, dass Fußgänger*innen diesen Weg aufgrund einer vorhandenen Schwelle nicht betreten, was die Nutzung des Fahrradwegs durch Radfahrer*innen erleichtert.
   Frau Dr. Wirts äußert ihre starke Unzufriedenheit mit der aktuellen Regelung, dass in Tempo-30-Zonen keine neuen Fahrradwege mehr gebaut werden. Sie bezeichnet diese Vorgehensweise als absolut katastrophal und stellt die grundlegende Fragestellung in den Raum, wie ernsthaft der Schutz von Radfahrer*innen und anderen Verkehrsteilnehmer*innen angestrebt wird. Trotz ihrer Bedenken plädiert Frau Dr. Wirts dafür, den Antrag dennoch zu stellen und die Stadtverwaltung auf die bestehenden Missstände hinzuweisen.
   Frau Piesczek argumentiert, dass es im vorliegenden Einzelfall keinen Sinn mache, da ähnliche Probleme bereits in der Nibelungenstraße beobachtet werden können. Sie erläutert, dass dort die Fahrradwege nicht ausreichend beschildert sind, was die Nutzung für Radfahrer*innen erschwert. Sie betone, dass derzeitige Haushaltslage in München angespannt sei und daher möglicherweise nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, um notwendige Änderungen vorzunehmen. Obwohl der Fahrradweg noch vorhanden sei, werde das Geld nicht investiert, um diesen abzubauen oder zu verbessern.
   Herr Norden betont die Wichtigkeit des Aspekts Sicherheit in Bezug auf Rad- und Fußgängerwege. Er weist darauf hin, dass Empfehlungen für die Gestaltung solcher Wege nicht plötzlich auftauchen sollten, sondern dass eine durchdachte Planung erforderlich ist. Er erklärt, dass die Benutzungspflicht für Radwege nicht automatisch den Aspekt der Instandhaltung umfasst, es sei denn, sie ist durch entsprechende Beschilderung gekennzeichnet. Herr Norden kritisiert, dass die Interessenvertretung der Radfahrer*innen und Fußgänger*innen in diesem Prozess nicht gefordert und nicht üblich sei.
   Herr Meyer für eine Vertagung des Antrags auf den nächsten Monat. Er argumentiert, dass es sinnvoll sei, die Verwaltung inhaltlich mit der Thematik zu beschäftigen, jedoch stellt er in Frage, warum die Prüfung von möglicherweise rechtswidrigen Aspekten notwendig sei, da die Antwort darauf bereits bekannt sei.
   Herr Thunich erklärt, dass seine Fraktion den vorliegenden Antrag ablehnt. Grundsätzlich betrachtet die SPD-Fraktion die Idee als positiv; jedoch ist ihnen bewusst, dass die Stadtverwaltung wahrscheinlich nicht bereit sein wird, die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen.

Er weist darauf hin, dass es sich lediglich um einen fünf Meter langen, verblassten Streifen handle, der übermalt werden solle. Aufgrund dieser Umstände spricht er sich gegen den Antrag aus und betont, dass die Umsetzung in der Praxis unrealistisch erscheine.

Abstimmung im Plenum:
Ablehnung, mehrheitlich (u.a. gegen die Stimmen der ÖDP-Fraktion)

6. Grünen-Fraktion: Antrag - Neuen Aufzug UVR Laim barrierefrei und fußgängerfreundlich umsetzen

- einstimmig beschlossen Zustimmung (BA-Vorsitzende soll aufgrund Dringlichkeit den Antrag sofort weiterleiten)

Herr Züchner bedankt sich bei den Anwesenden für die einstimmige Unterstützung des Antrags. Er erkundigt sich, ob bereits Rückmeldungen zu den vorgeschlagenen Maßnahmen vorliegen, was offenbar nicht der Fall ist. Er informiert darüber, dass der Wasserschaden behoben wurde und dass die Nutzer nun trockenen Fußes zum Aufzug gelangen können, was einen wichtigen Fortschritt darstellt. Zudem weist er darauf hin, dass dieser Aufzug ab Juni der einzige verfügbare Fahrstuhl sein wird, was die Dringlichkeit des Antrags unterstreicht.

Da der Antrag bereits an das zuständige Referat weitergeleitet wurde und der Unterausschuss den Antrag im Rahmen seiner UA-Sitzung bereits zugestimmt hat, wird hier keine Beschlussfassung benötigt.

7. Geschwindigkeitsregelung auf der Landshuter Allee

- einstimmig beschlossen Antwortschreiben UA Vorsitzender

SgDuH,
wie Sie sicher der Presse entnommen haben, wurde gegen die Anhebung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 50 Klage erhoben. Das Verwaltungsgericht München hat der Klage stattgegeben, eine Beschwerde beim Bayerischen Verwaltungsgericht ist aber zugelassen. Die Stadt möchte die finale Entscheidung abwarten, bevor ggfs. die alte Tempo 30 Regelung wieder in Kraft gesetzt wird. Der Bezirksausschuss hatte sich mehrheitlich für Tempo 30 eingesetzt und verfolgt das Verfahren sehr aufmerksam. Das Ergebnis werden Sie sicherlich aus der Presse erfahren.

Herr Lipkowitsch informiert die Anwesenden darüber, dass aufgrund der jüngsten Entscheidung der Text des Antrags überarbeitet werden muss. Er kündigt an, dass ein bestimmter Satz geändert werden soll, um die aktuellen Entwicklungen widerzuspiegeln.
Herr Meyer äußert, dass die Bürger über die vorliegende Meinung bereits informiert seien, weshalb er vorschlägt, das Thema zu vertagen.
Frau Lobinger schlägt vor, den Text mit den folgenden Worten abzuändern: „Die Stadt wurde verpflichtet, die ursprüngliche Regelung wieder in Kraft zu setzen, bis eine finale Entscheidung getroffen wird."

Abstimmungen im Plenum:
Ablehnung, mehrheitlich (über die Vertagung des Themas in die März-Sitzung; u.a. gegen die Stimmen der FDP- und FW-Fraktion)
Zustimmung, mehrheitlich (über das Antwortschreiben an die Bürger; u.a. gegen die Stimmen der FDP- und FW-Fraktion)

8. Parkverbot vor der Brücke in der Zamboninistraße

- einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat
Zustimmung, einstimmig

9. Ladestationen für E-Fahrzeuge in der Rupprechtstraße

   - einstimmig beschlossen Weiterleitung an Baureferat
   Zustimmung, einstimmig

10. Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Bolivarstraße/Wotanstraße

    - einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat
    Zustimmung, einstimmig

11. Verwaiste Baustelle in der Ruffinistraße Ecke Johann-Sebastian-Bach-Straße

    - einstimmig beschlossen Weiterleitung an Baureferat
    Zustimmung, einstimmig

12. Aktuelle Verkehrssituation an der Einfahrt in die Guntherstraße

    - einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat
    Zustimmung, einstimmig

13. Anliegen zu vergangenen Unfällen an der Dall`Armi-Straße / Nederlinger Straße

    - einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat
    Zustimmung, einstimmig

14. Tiefe Schlaglöcher in der Nördlichen Auffahrtsallee

K

- Kenntnisnahme, da Original bereits an Baureferat

15. Sicherheit an öffentlichen Haltestellen

    - einstimmig beschlossen Weiterleitung an Mobilitätsreferat mit Zustimmung + Antwortschreiben UA Vorsitzenden

    SgDuH,
    der BA9 schließt sich den Ausführungen des BA4 an und verlangt den zügigen, barrierefreien Ausbau der Haltestellen entlang der Dachauerstraße ab Heideckstraße stadteinwärts.
    Zustimmung, einstimmig

16. Antrag auf Einrichtung einer Schulbusverbindung von der Grundschule am Dom-Pedro-Platz 2 zur Schulstraße 3 in den Schuljahren 2027/28 bis 2029/30

    - einstimmig beschlossen Zustimmung

    Herr Lipkowitsch berichtet über einen Ortstermin, bei dem zahlreiche Optionen abgewogen wurden. Es wurde festgehalten, dass bis zum Umzug nicht mit einer Lösung gerechnet werden kann und dass ein Umbau des Rotkreuzplatzes notwendig ist, um die Sicherheit zu gewährleisten. Er betont die Gefahren, die bestehen, wenn Erstklässler*innen die Straße überqueren müssen, insbesondere wenn die Straßenbahn vorbeikommt und es zu Staus auf der Mittelinsel kommt, in denen Kinder sodann stehen bleiben müssten. Die Stadtverwaltung hat vorgeschlagen, dass die Schule einen Antrag auf einen Schulbus stellen soll. In diesem Fall würde das RBS beim MOR nachfragen, ob der Schulweg als sicher eingestuft wird. Sollte das MOR dies bejahen, wäre der RBS verpflichtet, die Finanzierung zur Einrichtung eines Schulbuses zu übernehmen. Herr Lipkowitsch äußert seine Überzeugung, dass diese Vorgehensweise Chancen auf Erfolg hat, da die Rektorin bereits entsprechende Schritte unternommen hat. Abschließend erklärt er, dass ein zusätzliches Schreiben mit diesen verfasst wird.
    Zustimmung, einstimmig

17. BA 9: Eilantrag - Einzelhandel in der Wotanstraße unterstützen
N

- einstimmig beschlossen Zustimmung + UA Vorsitzender kontaktiert MOR und Stadtwerke, um einen ‚Runden Tisch' zur Baustelle Wotanstraße einzuberufen.
Zustimmung, einstimmig

3.3 Anhörungen

3.4 Antwortschreiben

1. SPD-Fraktion: Antrag - Verbesserung der Verkehrssituation vor der Eisdiele Sarcletti
- Bezug: TOP 3.2.13 aus 06/2025 - vertagt in 07/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 07984

- einstimmig beschlossen Antwortschreiben UA Vorsitzender

SgDuH,
der BA9 ist mit der von Ihnen formulierten Ablehnung seines Antrags 20-26 / B 07984 nicht einverstanden und bittet um erneute Prüfung, insbesondere hinsichtlich zweier Aspekte, die nach unserer Ansicht nicht hinreichend gewürdigt wurden.

- *Die Ablehnung des Zebrastreifens berücksichtigt nicht die zu erwartende große Zahl an Grundschulkindern, die während der Sanierung der Dom-Pedro-Schule jahrelang in die Rudolf-Diesel-Schule gehen müssen. In diesem Zusammenhang ist mit einem großen Aufkommen von ‚Elterntaxis' in der Schulstraße zu rechnen, zusätzlich zu den Grundschulkindern, die zu Fuß oder mit dem Fahrrad die Straße queren. Daher erscheinen uns die aktuellen Verkehrszählungen für die Ablehnung des Antrags nicht stichhaltig.*
- *Das Baureferat lehnt eine bauliche Veränderung mit ‚Münchner Bord' ab, die jedoch vom BA9 überhaupt nicht gefordert war. Der BA wünscht sich niedrige Leitschwellen, die für Rettungsfahrzeige überfahrbar sind und dennoch das illegale Abbiegen von der Nymphenburger- in die Schulstraße erheblich reduzieren werden. Bsp.: https://www.stein-hgs.de/p/leitschwelle-road-mit-sichtzeichen Die angedeuteten höheren Unterhaltskosten sollten zumindest für die Jahre 2027-2030, in denen die Schule verlagert wird durch die verbesserte Schulwegsicherheit gerechtfertigt sein.*

Zustimmung, einstimmig

2. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Entfer-
K nung unnötiger Straßenbarrikaden und Endreinigung nach Bauarbeiten" - Antwortschreiben MOR
- Bezug: TOP 3.2.21 aus 12/2025 –

Kenntnisnahme

3. Antrag - Bürgerbüro Leonrodstraße II - Umgestaltung Leonrodstraße
K - Bezug: TOP 3.2.2 aus 05/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 07801

Kenntnisnahme

4. Radverkehr am Knoten Wotanstraße mit Winfried-/Margarete-Danzi-Straße konfliktfreier ge-
K stalten
- Bezug: TOP 3.2.23 aus 04/2022 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 03887

Kenntnisnahme

5. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Volpi-
K nistraße Zone-30 - Bitte um Kontrollen" - Antwortschreiben des KVR
- Bezug: TOP 3.2.13 aus 12/2025 –

Kenntnisnahme

6. Antrag - Tram-Halt Donnersbergerbrücke: Verkehrssicherheit nachhaltig sichern
K - Bezug: TOP 3.6.3 aus 11/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08369

Kenntnisnahme

7. Antrag - Reduzierung des Schleichverkehrs
K - Bezug: TOP 3.2.2 aus 11/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08364

Kenntnisnahme

8. Antrag - Die Fußgänger-Überquerungen an der Kreuzung Leonrodstraße / Landshuter Allee
K sicherer gestalten
- Bezug: TOP 3.2.2 aus 10/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08267

Kenntnisnahme

9. Antrag - Verkehrssicherheit Donnersbergerbrücke verbessern
K - Bezug: TOP 3.2.4 aus 10/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08268

Kenntnisnahme

10. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Verkehrs-
K situation in der Bahnunterführung Laim und Ampelanlage Winfriedstraße" - Antwortschreiben des MOR
- Bezug: TOP 3.2.18 aus 11/2024 –

Kenntnisnahme

11. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Freigabe
K von Einbahnstraßen für den Radverkehr Schäringerplatz und Schluderstraße West" - Antwortschreiben des MOR
- Bezug: TOP 3.2.8 aus 07/2024 –

Kenntnisnahme

12. Antrag - Aufzug im Bahnhof Donnersbergerbrücke reparieren
K - Bezug: TOP 3.2.3 aus 05/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 07802

Kenntnisnahme

13. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Grundrei-
K nigung und Instandhaltung der Unterführung am Laimer S-Bahnhof" - Antwortschreiben des BAU und der DB
- Bezug: TOP 3.2.16 aus 12/2025 –

Kenntnisnahme

14. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Baustelle
K Rupprechtstraße / Gabrielenstraße" - Antwortschreiben des MOR
- Bezug: TOP 3.2.19 aus 01/2026 –

Kenntnisnahme

15. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Sicherheit
K an Trambahnhaltestellen, speziell Arnulfstraße / Donnersbergerbrücke" - 3 Antwortschreiben des MOR
- Bezug: TOP 3.2.2 aus 06/2025 –

Kenntnisnahme

16. Möglichkeiten gegen abgestellte E-Scooter am Rondell Neuwittelsbacher Straße / Aiblinger-
K straße / Romanstraße
BV-Anfrage Nr. 20-26 / Q 00774

Kenntnisnahme + Hinweis 3.6.1 Meldeplattform für nicht regelkonform abgestellte E-Scooter Öffentlichkeitsarbeit

3.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. Information über Änderungen bei Baumaßnahmen auf den U-Bahnlinien U1 und U2 im Früh-
K jahr 2026

Kenntnisnahme

2. Information über baustellenbedingte Fahrplan- und Linienwegsänderungen auf allen U-Bahnli-
K nien aufgrund von Fräszugfahrten

Kenntnisnahme

3. Verkehrsrechtliche Anordnungen nach § 45 Abs. 1 i.V.m. Abs. 9 StVO:
K - Landshuter Allee, Fahrtrichtung Süden, Einmündung Hanebergstraße;
Anordnung der vorgeschriebenen Fahrtrichtung geradeaus (Zeichen 209-30 StVO) mit Zusatzzeichen „Anlieger frei“ (Zeichen 1020-30 StVO)

- Anordnung eines Durchfahrtsverbots für Fahrzeuge über 7,5t sowie für Gefahrguttransporter (Zeichen 262-7,5t StVO und Zeichen 261 StVO) und eines Überholverbots für Kraftfahrzeuge über 3,5t (Zeichen 277 StVO)

- Anordnung eines Durchfahrtsverbots für Fahrzeuge über 3,5t sowie für Gefahrguttransporter (Zeichen 262-3,5t StVO und Zeichen 261 StVO), Aufhebung des Überholverbots für Kraftfahrzeuge über 3,5t (Zeichen 277 StVO)

- Arnulfstraße, zwischen Rechtsabbieger Donnersbergerbrücke und der Einfahrt zu den Anwesen Arnulfstraße 61-71;
Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h

Kenntnisnahme zu allen Anordnungen

4. Mehrjahresinvestitionsprogramm (MIP) für die Jahre 2025 bis 2029 mit verbindlicher Planung
K für das Jahr 2030
Maßnahmen des Mobilitätsreferats
Programmentwurf (Variante 630)
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 17722

Kenntnisnahme

5. Verkehrsrechtliche Anordnungen nach § 45 Abs. 1 i.V.m. Abs. 6 und Abs. 9 und § 46 StVO:
K -->Arbeiten im Straßenraum:
- Landshuter Allee, Horemansstraße, Nymphenburger Straße
(Umspannwerk Neuhausen, Verlegung 110 kv Leitung, Bph 2a, BA 3.1 – 3.3)
vom 03.02.2026 bis 31.07.2026

- Instandsetzung BW 40-55; Landshuter Allee/Dachauer Straße
Landshuter Allee auf Höhe Bayersdorferstraße 8
Strom-/Wasserüberspannung mit Masten auf öffentlichem Verkehrsgrund (für Baustelleneinrichtungsfläche)
vom 02.02.2026 bis 04.12.2026

- Instandsetzung BW 40-55; Landshuter Allee/Dachauer Straße
Straßenbauarbeiten, Sanierung Stützwände, Austausch Übergangskonstruktion, Herstellung von Notunterstützungen
Bauphasen 010, 100 und 200
1. Änderung (ersetzt U 03979/25)
vom 23.01.2026 bis 18.12.2026

- Therese-Danner-Pl. / Birkerstr. (Reparatur Fernwärmeleitung)
vom 16.03.2026 bis 05.06.2026

- Blutenburgstr. 15 (Fernwärme Hausanschluss)
vom 16.03.2026 bis 30.04.2026

- Landshuter Allee Tunnel - Mittlerer Ring (Wartungsarbeiten)
(Vollsperrung beider Röhren)
vom 26.02.2026 bis 13.03.2026

- Luise-Ullrich-Str. 6-16 (Errichtung eines neuen Fußgängerüberwegs)
vom 22.05.2026 bis 12.06.2026

- Rupprechtstr. zw. Klarastr. u. Maillingerstr. (Fahrbahnasphaltierung)
vom 20.04.2026 bis 15.05.2026 (15 Arbeitstage)

- Elvirastr. + Klarastr. (Fahrbahnasphaltierung)
vom 30.03.2026 bis 30.04.2026 (15 Arbeitstage)

- Landshuter Allee 52-54, Horemansstr., Nymphenburger Str., Olgastr.
(UW NHS –Verlegung 110kV) - Flächenerweiterung
vom 09.02.2026 bis 31.07.2026

Kenntnisnahme zu allen Punkten

6. Information der Stadtwerke München zur "Sperrung der Ein- und Ausfahrt in die östliche
K Hirschgartenallee" für Arbeiten im Rahmen des Projekts Tram-Westtangente

Kenntnisnahme

7. Vollzug der § 45 Abs. 1 i.V.m. Abs. 6 und Abs. 9, § 46 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) und
K des Art. 21 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG)
--> Arbeiten im Straßenraum:
Brunhildenstraße 28
Kanalanschluss mit Vollsperre an 7 Arbeitstagen
vom 10.02.2026 bis 30.03.2026

Kenntnisnahme

3.6 Verschiedenes

1. Öffentlichkeitsarbeit des UA

Siehe 3.4.16 – Hinweis auf Meldeplattform für nicht regelkonform abgestellte E-Scooter

*Textvorschlag: Immer wieder erreichen den Bezirksausschuss (BA) Beschwerden von Bürger*innen über behindernd abgestellte E-Scooter. Aus diesem Grund möchte der BA über die Möglichkeit informieren, wie Sie dies direkt melden können:*
*Seit Oktober 2022 haben die Mikromobilitätsanbieter der „Plattform Shared Mobility“ (PSM) mit dem E-Scooter-Melder eine Meldeseite für falsch abgestellte Fahrzeuge eingeführt. Bürger*innen können störende oder nicht regelkonform abgestellte E-Scooter anbieterübergreifend unter https://www.scooter-melder.de/ melden. Auf dieser Seite können Sie mit wenigen Klicks den Grund der Meldung angeben (z. B. „Falschparker“, „Vandalismusschäden“ oder „umgestoßenes Fahrzeug“) und ein Foto hochladen. Eine Angabe Ihrer persönlichen Daten ist nicht erforderlich.*

2. Bericht Ortstermin Baustelle Brücke Landshuter Allee / Dachauer Straße

Bericht vom UA Vorsitzenden Lipkowitsch und Schreiben an das MOR

SgDuH,
der BA9 bittet darum, die sehr kritische Verkehrssituation unter der Brücke Landshuter Allee / Dachauerstraße während der Sanierungsarbeiten mit geeigneten Maßnahmen zu entschärfen. Die durch die Baustelle entfallene Möglichkeit eines U-Turns auf/unter der Landshuter Allee führt nach unseren Beobachtungen dazu, dass immer wieder versucht wird, den U-Turn auf der Kreuzung selbst zu versuchen (obwohl dies durch entsprechende Schilder untersagt ist), dabei geraten die KFZ in den Gegenverkehr und warten auf den Trambahngleisen eine Lücke ab. Unfälle in dieser Situation sind nur eine Frage der Zeit und blockieren dann insbesondere die Tramlinien 20,21. Mindestens sollte deshalb im Bereich der Kreuzung entlang der Dachauer Straße ebenso wie entlang der Landshuter Allee Tempo 30 angeordnet werden. Eine weitere Verbesserung wäre eine Umleitungsbeschilderung um die Kreuzung Dachauer / Postillionstraße zum Umdrehen zu nutzen. Hier müssten dann die Schaltzeiten der LSA entsprechend verlängert werden.

Herr Lipkowitsch äußert, dass er die Sanierung der Brücke über die Dachauer Straße als eher frustrierend einordnet. Er kritisiert, dass es sich dabei lediglich um eine lebenserhaltende Maßnahme handelt und nicht um eine lebensrettende, da die Brücke voraussichtlich in 20 Jahren ersetzt werden muss. Er informiert darüber, dass die Fahrbahnen während der Sanierungsarbeiten für jeweils drei Monate gesperrt werden, während parallel dazu die darunterliegende Straße weiterhin genutzt wird. Herr Lipkowitsch weist auf die Gefahren hin, die mit der Baustelleneinrichtung verbunden sind, insbesondere die Möglichkeit eines U-Turns, bei dem Verkehrsteilnehmer*innen in den Gegenverkehr fahren könnten. Um diese Gefahren zu minimieren, wurden bereits zwei Schilder aufgestellt, die den U-Turn verbieten. Herr Lipkowitsch kündigte an, ein Schreiben an das MOR zu formulieren.
Zustimmung, einstimmig

4. Unterausschuss für Bau- und Stadtplanung

4.1 Entscheidungsfälle

4.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. Baustopp Umgebung Rupprechtstraße

   Weiterleitung an LBK mit Bitte um Beantwortung
   Einstimmig

   Herr Thunich erläutert, dass dieses Thema den BA weiterhin beschäftigt. Er kritisiert, dass es keine zufriedenstellende Lösung für dieses Problem gibt und dass der Mangel an Wohnraum auf Dauer ein ernsthaftes Anliegen darstellt. Darüber hinaus spricht er die negative Auswirkung auf das Stadtbild an, die durch die unvollendeten Bauprojekte und die damit verbundenen Baustellen entsteht. Herr Thunich betont, dass auch Parkplätze fehlen, da die Baustelle abgezäunt ist, was die Situation für die Anwohner zusätzlich erschwert.
   Frau Piesczek betont, dass der Eigentümer das Recht hat, über seine eigenen Entscheidungen zu bestimmen, was die Möglichkeiten der Stadtverwaltung zur Einflussnahme auf den Baufortschritt einschränkt.
   Zustimmung, einstimmig

2. Fassadenbegrünung des SWM-Umspannwerkes in der Landshuter Allee

   Weiterleiten an SWM und Baureferat Gartenbau

   Sehr geehrte Damen und Herren,
   anbei erhalten Sie das Schreiben eines Anwohners mit dem Hinweis auf die fehlende Fassadenbegrünung sowie die nicht nachgepflanzten Straßenbäume.
   Wir bitten Sie dringend um Mitteilung, warum beide Maßnahmen nicht bzw. noch nicht umgesetzt wurden. Wie Sie wissen, wurden in der Stadtgestaltungskommission eine Fassadenbegrünung vorgestellt und es wurde auch zugesichert, dass keine Straßenbäume gefällt werden. Im Rahmen der Bauarbeiten mussten nun doch Bäume weichen. Wir bitten dringend um entsprechende Neupflanzung. Bitte teilen Sie uns mit, wann die beiden Maßnahmen vorgesehen sind.
   Danke sehr.
   MfG
   Einstimmig
   Zustimmung, einstimmig

4.3 Anhörungen

1. Landshuter Allee 112
   Dachgeschossausbau mit 4 Wohneinheiten, Anbau von Notleiteranlagen

   Dem Bauantrag wird zugestimmt. Wir begrüßen die Schaffung von Wohnraum im Zuge eines Dachausbaus sehr.
   einstimmig
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

2. Volksgartenstraße
   Neubau eines Reihenhauses

   Dem Bauantrag wird zugestimmt.
   einstimmig
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

3. Palestrinastraße 19
   Neubau eines Wohnhauses mit zwei Garagen

   Dem Bauantrag wird mit folgender Einschränkung zugestimmt:
   Die Fällung der Bäume 507 und 508 wird abgelehnt. Die Bäume sind mit entsprechenden Maßnahmen zu erhalten.
   Die Überschreitung der rückwärtigen Baulinie sehen wir kritisch, hier wäre eine Umplanung gewünscht.
   mehrheitlich
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

4. Kemnatenstraße 47a
   Aufstockung eines Einfamilienhauses mit Erweiterung durch erdgeschossigen Anbau und Schaffung einer zusätzlichen Wohneinheit – VORBESCHEID

   Die Bauvoranfrage wird abgelehnt.
   Der große Baukörper fügt sich nicht in die Umgebung ein, eine entsprechende Umplanung mit Verkleinerung der Flächen wird gefordert.
   Der Aufstockung wird zugestimmt.
   einstimmig
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

5. Frundsbergstraße 30
   Abbruch und Ersatzbau des Vordergebäudes, sowie Errichtung des Anbaues- VORBESCHEID

   Der Bauvoranfrage wird zugestimmt.
   Wir regen eine Begrünung des nicht überbauten und entsiegelten Grundstücks an, ggf. mit Rasenpflaster.
   einstimmig
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

6. Zuccalistraße 29
   Neubau eines Einfamilienhauses mit Pool im 1.Untergeschoss und Tiefgarage im 2. Untergeschoss

   Dieses Bauvorhaben wurde mit unveränderter Planung wiederholt vorgelegt.
   Wir bekräftigen unsere Stellungnahme aus 2025:
   Der Bauantrag wird abgelehnt.
   Jegliche Befreiungen vom B-Plan Nr. 2142 werden abgelehnt.
   Bitte senden Sie uns eine Kopie des Bescheides zu.
   einstimmig
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

7. Südliche Auffahrtsallee 75
   Abbruch von zwei Bestandsgebäuden, Neubau eines Wohngebäudes mit Tiefgarage- VORBESCHEID

   Der Bauvoranfrage wird zugestimmt.
   einstimmig
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

8. Andréestraße 4
   Hinterhofbebauung mit einem Wohngebäude

   Dem Bauantrag wird zugestimmt.
   einstimmig
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

9. Nördliche Auffahrtsallee 31
Abriss eines Reiheneckhauses und Neubau eines Reiheneckhauses und eines Reihenmittelhauses

Dem Bauantrag wird mit folgender Einschränkung zugestimmt:
Die beantragten Baumfällungen werden abgelehnt. Eine Einzelprüfung wird gefordert.
Bei den Bäumen, die wegen Herstellung der beiden Parkplätze zur Fällung vorgesehen sind, ist zu prüfen, ob eine Stellplatzablöse vorzuziehen ist.
einstimmig
Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

10. Tizianstraße 127
Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage (VARIANTE 1-4) – VORBESCHEID

Der Bauvoranfrage wird zugestimmt.
Varianten 3 und 4 fügen sich bezüglich Dachgestaltung besser in die Umgebung ein.
einstimmig
Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

11. Fraasstraße 1
Neubau eines Einfamilienhauses mit Tiefgarage und Schwimmbad

Dem Bauantrag wird zugestimmt.
mehrheitlich
Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

12. Guntherstraße 24
Neubau eines Mehrfamilienhauses mit 12 Wohneinheiten und mit einer Tiefgarage und Aufstockung eines bestehendes Wohn-und Geschäftshauses und ein Geschoss mit 2 Wohneiheiten (Guntherstr. 24/ Romanpl. 11) – VORBESCHEID

Dem Bauantrag wird zugestimmt.
mehrheitlich
Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

13. Walhallastraße 34
Neubau eines Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage – VORBESCHEID

Dem Bauantrag wird mit folgender Einschränkung zugestimmt:
Die Fällung der Bäume 45 und 46 wird abgelehnt. Die Bäume sind mit entsprechenden Maßnahmen zu erhalten.
einstimmig
Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Bau)

4.4 Antwortschreiben

1. Volpinistraße 47
K Sanierung, Umbau eines Reihenendhauses und Neubau eines Anbaus - Antwortschreiben der LBK
- Bezug: TOP 4.3.7 aus 11/2025 –

Kenntnisnahme

2. Südliches Schlossrondell 23
K Errichtung eines temporären Containerkunstwerks (befristet auf ein Jahr) - Abdruck Bescheid der LBK
- Bezug: TOP 4.3.3 aus 01/2026 –

Kenntnisnahme

3. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Parkende
K Autos im Straßenraum trotz Garagen" - Antwortschreiben der LBK
- Bezug: TOP 3.2.8 aus 01/2026 –

Kenntnisnahme

Frau Piesczek erinnert daran, dass eine Dame in der letzten Sitzung das Thema ungenutzter Garagen und leerstehender Tiefgaragen vorgetragen hat. Sie weist darauf hin, dass die Problematik teilweise auf Duplex-Garagen zurückzuführen sei, da viele Autos dafür mittlerweile zu groß geworden sind und die Einfahrten zudem zu steil sind. Baurechtlich gesehen sei es jedoch so, dass, wenn die Garagen genehmigt wurden, der Eigentümer verpflichtet sei, Stellplätze zu erstellen. Wenn diese Stellplätze nicht mehr genutzt werden, habe der Eigentümer keinen Anspruch auf eine Baugenehmigung. Frau Piesczek berichtet, dass bereits nachgefragt wurde, was der BA in dieser Angelegenheit unternehmen kann. Parallel dazu gab es auch Pressemeldungen zu diesem Thema. Die Antwort der LBK lautet, dass die Bauaufsichtsbehörde generell nicht verpflichtet sei, in solchen Fällen einzugreifen, und dass kein Rechtsanspruch auf ein Eingreifen besteht. Stattdessen werde auf den zivilrechtlichen Weg verwiesen. Das Antwortschreiben der LBK soll an die Beschwerdeführerin weitergeleitet werden.

4. Fragen zum vorliegenden Bebauungsplan des Paketpostareals
K BV-Anfrage Nr. 20-26 / Q 00772

Kenntnisnahme

4.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. Abbruchanzeige Athosstraße 3
K

Kenntnisnahme

2. (U) Neuhausen oder Teile davon zum "Erhaltungssatzungsgebiet" erklären für bezahlbaren
K Wohnraum
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 01734 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhausen vom 28.11.2023
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18496

Kenntnisnahme

3. Nutzungsmischung bei der Schaffung von Gewerbebaurecht; Auftrag „Gewerbe-SoBoN“
K Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 13303

Kenntnisnahme

4.6 Verschiedenes

1. Öffentlichkeitsarbeit des UA

2. Stellungnahme des BA 9 an die LBK zu:
K Ruffinistraße 28 (Bau eines Müllhauses und Wiederherstellung der Parkplatzfläche (Landshuter Allee 87 - 93 / Mayrfelsstr. 3 / Ruffinistr. 28); Anhörungsfrist: 09.02.2026)

SgDuH,
dem Bauantrag wird zugestimmt.
Die Stellungnahmen von PLAN-HAII-24B vom 18.12.2025 und PLAN-HAIV-61T sind umzusetzen.

Kenntnisnahme

3. Münchner Wohnen, Klärung technischer Fragen. Ausführliches Gespräch mit der Geschäftsführerin (CTO)

Mail an die Geschäftsführerin:

Sehr geehrte Frau…,
zunächst möchte ich mich im Namen des Bezirksausschusses 09 (Neuhausen-Nymphenburg) nochmal ganz herzlich für Ihren Besuch und Ihre umfangreichen Informationen bedanken.
Wir haben nun die Möglichkeiten die Bürgerinnen und Bürger bei Anfragen z.B. zu PV-Anlagen, Fernwärme, Müll im Innenhof, Schrotträderentsorgung, Hausmeister, etc., zu informieren. Ev. können wir manche kleinen Themen direkt ausräumen. Sollte sich eine Veränderung bzw. Verbesserung der Hausmeistersituation ergeben, dann bitten wir hierzu um eine kurze Information. Das große Thema Stupfstraße wird auch noch gänzlich geklärt und bezüglich Leerstände im Stadtviertel werden Sie uns einen Überblick geben, sobald dies möglich ist.
Wäre es für Sie und Ihrem Terminkalender vereinbar, wenn wir so ein Informationsgespräch etwa halbjährlich abhielten? Wenn es Themen gibt, würden wir uns oder ggf. auch Sie sich melden, ansonsten braucht es so einen Termin selbstverständlich nicht. Bitte informieren Sie uns, ob dies auch für Sie eine gangbare Idee wäre. Bei akuten Themen sind wir selbstverständlich jederzeit ansprechbar.
Angesprochen haben wir auch die Mängelsituation im Kultur-im-Trafo-Gebäude. Die Geschäftsführerin Frau…, hat diese gesamt in einer Mail zusammengefasst. Diese Mail habe ich als Anlage beigefügt. Der Mangel des defekten Aufzugbodens wurde mit Unterstützung von Ihrem Geschäftsführer Herrn…. eben erst behoben. Ein großes Dankeschön dafür.
Im Trafogebäude gibt es noch ein weiteres Thema, das sind die sehr hohen Energiekosten verbunden mit entsprechenden Nachzahlungen. Hier würden sich alle Beteiligten eine gemeinsame Energieberatung und Abstimmung wünschen. Ansprechpartner des Kulturvereins ist auch hier die Geschäftsführerin Frau….
Hier die Kontaktdaten: ….
Bitte melden Sie sich, falls Sie noch Fragen haben. Jegliche Unterlagen bezüglich Bezirksausschuss können Sie gerne über mich senden. Ich werde sie dann entsprechend verteilen.
Recht vielen Dank nochmal und viele Grüße
einstimmig

5. Unterausschuss für Umwelt und Klimaschutz

5.1 Entscheidungsfälle

1. (E) Baumschnitt in der Kratzerstraße
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 03216 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhausen vom 24.11.2025
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18836

Zustimmung einstimmig empfohlen
Zustimmung, einstimmig

2. (E) Einschränkung von Laubbläsereinsätzen
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 03224 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhausen vom 24.11.2025
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18838

Zustimmung einstimmig empfohlen
Zustimmung, einstimmig

3. (E) Baumersatzpflanzungen und Prüfung zweier weiterer Bäume auf der Verkehrsinsel an der Landshuter Allee
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 03222 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhausen vom 24.11.2025
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18920

Zustimmung mit Bitte uns die Prüfungsergebnisse mitzuteilen
Einstimmig empfohlen
Zustimmung, einstimmig

4. (E) Ergänzung fehlender Sitzgelegenheiten
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 03226 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhausen vom 24.11.2025
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18918

Zustimmung einstimmig empfohlen
Zustimmung, einstimmig

5.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. CSU-Fraktion: Antrag - Mülleimer an der Sedlmayrstraße / Schluderstraße

Zustimmung einstimmig empfohlen
Zustimmung, einstimmig

2. ÖDP-Fraktion: Antrag - Betreuter Taubenschlag an einem geeigneten Ort in der Nähe des Rotkreuzplatzes
WV 03/20 26 - Bezug: TOP 5.2.3 aus 09/2025 - WV in 10/2025 - WV in 11/2025 - WV in 01/2026 - WV in 02/2026 –

WV in 03/26
Einstimmig empfohlen
Zustimmung, einstimmig

3. ÖDP-Fraktion: Antrag - Erschaffung eines Mikrowaldes am Steubenplatz
WV 03/20 26 *WV in 03/26*
Bitte an Antragssteller:
Offener Prüfantrag wie man die Grünfläche aufwerten kann gerade mit Blick auf die Paketposthalle

Herr Önder erklärt, dass der Antrag aufrechterhalten und heute beschlossen werden soll. Er fordert eine klare Antwort auf die Frage, wie die Maßnahmen umgesetzt werden sollen.
Er wies darauf hin, dass das Argument, in der Nähe Bäume zu pflanzen, nicht ausreichend sei, um die Erhitzung in der Stadt zu bekämpfen. Viele Bürger*innen würden von einer umfassenderen Baumplantage profitieren. Für den Fall, dass der Antrag nicht beschlossen wird, kündigt Herr Önder an, einen Prüfauftrag stellen zu wollen, um die Situation weiter zu evaluieren und geeignete Lösungen zu finden.

Herr Meyer betont die Aufwertung von Grünflächen und regt an, bei der Stadtverwaltung nachzufragen, um mehr Offenheit in die Diskussion zu bringen. Er hält es für sinnvoll, einen Prüfauftrag zu stellen, um die Situation besser zu evaluieren. Herr Meyer erinnert den BA, dass am Backstage bereits ein Mikrowald entsteht, und schlägt daher vor, mit der Verwaltung zu sprechen, um die Gestaltungsmöglichkeiten in diesem Bereich zu nutzen.
Frau Knorr-Köning betont den Kostenaspekt in der Diskussion. Sie schlägt vor, dass die Fläche als Ausgleichsfläche für das Paketpostareal zur Verfügung gestellt werden könnte. Sie äußert sich zuversichtlich, dass durch Gespräche mit der Stadtverwaltung gute Vorschläge erarbeitet werden können, um die Situation zu verbessern.
Frau Piesczek erinnert den BA daran, dass der städtebauliche Vertrag bereits abgeschlossen ist.

Abstimmungen im Plenum:
Ablehnung, mehrheitlich (über den Antrag; u.a. gegen die Stimmen der ÖDP-Fraktion)
Zustimmung, einstimmig (über die Formulierung eines Prüfauftrags)

4. Böllerverbot um das Fauna-Flora-Habitat im Nymphenburger Schlosspark

Weiterleitung mehrheitlich abgelehnt
Schreiben an Bürgerin durch Stellv. UA-Vorsitzenden

Sehr geehrte Frau X,
trotz angeregter Diskussion schließt sich eine Mehrheit im Unterausschuss Umwelt und Klimaschutz ihrem Anliegen nicht an. Die Gründe dafür sind vielseitig – zum Teil wird die Ausweitung des Böllerverbots abgelehnt, zum Teil möchte man daran nicht punktuell rütteln, sondern wenn dann ein stadtweites Verbot anstatt weiteren Verbotszonen schaffen. Wir danken Ihnen dennoch für Ihr Schreiben, auch wenn wir dieses Mal mehrheitlich eine andere Ansicht haben.

Frau Dr. Wittmann verweist auf die Vielzahl von Bürgerinitiativen, die sich für ein Böllerverbot einsetzen. Sie führt aus, dass im Rahmen der Jahreswechsel-Feierlichkeiten eine Petition initiiert wurde, die über 2,9 Millionen Unterschriften aus ganz Deutschland gesammelt hat. Dies verdeutlicht, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung hinter dieser Forderung steht. Frau Dr. Wittmann äußert den Wunsch, die Gründe für etwaige Widerstände gegen das Böllerverbot zu erörtern.
Herr Meyer berichtet über eine mehrheitliche Entscheidung, die im Rahmen des Unterausschusses getroffen wurde. Er erläutert, dass er bemüht war, diese Entscheidung in einem Schreiben an die betroffene Bürgerin klar zu formulieren. Er betont, dass, sollten Maßnahmen ergriffen werden, dies in enger Zusammenarbeit mit der Stadt geschehen sollte, um eine umfassende und nachhaltige Lösung zu gewährleisten. Herr Meyer weist darauf hin, dass bereits Schutzmaßnahmen für bestimmte Regionen implementiert wurden und dass notwendige Schutzzonen eingerichtet sind, um den Anliegen der Bürger*innen Rechnung zu tragen.
Herr Züchner fordert, dass Tieren und Pflanzen in der Diskussion um ein Böllerverbot eine Stimme gegeben werden sollte. Er betont die Wichtigkeit, die Auswirkungen von Feuerwerkskörpern auf die lokale Flora und Fauna zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang appelliert er an die Verwaltung, konkret zu prüfen, ob in dem betreffenden Bereich ein Böllerverbot eingerichtet werden kann.
Herr Retterath äußert seine Offenheit für ein Böllerverbot und kritisiert die bestehenden kleinteiligen Böllerverbote als nicht zielführend. Er weist darauf hin, dass der Schlosspark bereits geschlossen ist, was die Situation zusätzlich kompliziert. Der Antrag, den er unterstützt, richtet sich darauf, ein generelles Böllerverbot in einem Umkreis von 100 oder 150 Metern, um den Schlosspark zu etablieren.

Herr Meyer stellt klar, dass es nicht um das Verbot von Böllern im Park selbst geht, da dies bereits untersagt ist, sondern um die umfassende Regelung des Böllerverbots in der Umgebung. Er betonte die Notwendigkeit, zu prüfen, wie groß der Umkreis für ein solches Verbot gestaltet werden sollte.
Frau Dr. Wittmann äußert ihre Bedenken hinsichtlich der Verwendung von Böllern und stellt fest, dass es ihrer Meinung nach kein vernünftiges Argument für deren Einsatz gibt. Sie weist darauf hin, dass die Auswirkungen von Böllern auch über Grundstücksgrenzen hinweg spürbar sind und somit nicht nur die unmittelbare Umgebung betreffen. Darüber hinaus betont sie, dass Umwelt- und Artenschutz nicht ausschließlich die Belange von Tieren und Pflanzen betreffen, sondern auch für die Menschen von großer Bedeutung sind.
Ein Bürger aus dem Stadtbezirk äußert den Wunsch, zum Thema „Böllerverbot“ Stellung zu nehmen. Daraufhin erteilt ihm Frau Lobinger das Wort. Der Bürger berichtet von seiner Mitgliedschaft im Ruderclub am Starnberger See, wo seit mehreren Jahren zu bestimmten Zeiten ein Verbot für das Abfeuern von Feuerwerkskörpern besteht. Dieses Verbot wurde eingeführt, um die Vögel und Enten, die sich in Winterruhe befinden, zu schützen. Er stellt fest, dass diese Regelung mittlerweile von allen Mitgliedern des Clubs akzeptiert wird, da es von großer Bedeutung ist, Rücksicht auf die Natur zu nehmen. Der Bürger plädiert dafür, ähnliche Überlegungen auch in Bezug auf das Böllerverbot in städtischen Gebieten anzustellen, um die Tierwelt zu schützen und die Lebensqualität der Anwohner zu verbessern.

Abstimmung im Plenum (für die Weiterleitung des Anliegens an die Stadtverwaltung):
Zustimmung, mehrheitlich (u.a. gegen die Stimmen der CSU-, FW-, FDP-, und vereinzelt SPD-Fraktion)

5. Anregung für Pilotprojekt im Arnulfpark: DNA-basierte Ahndung von Hundekot-Verstößen

Weiterleitung mehrheitlich abgelehnt
Schreiben an den Bürger durch den UA-Vorsitzenden

Sehr geehrter Herr X,
nach ausgiebiger Diskussion ihres Vorschlags im Unterausschuss Umwelt und Klimaschutz lehnt eine Mehrheit ihr Anliegen ab. Die von Ihnen vorgebrachten Argumente, wie etwa die abschreckende Wirkung, wird durchaus gesehen. Jedoch wird neben anderen Argumenten vor allem der Aufwand für ein solches Pilotprojekt als unverhältnismäßig angesehen, da hierzu zunächst DNA-Proben einer großen Anzahl von Hunden gesammelt werden müssten. Der Arnulfpark wird unserer Beobachtung nach aufgrund seiner Lage nicht nur von unmittelbar anwohnenden Hundehaltern besucht.
Wir danken Ihnen dennoch für Ihr Schreiben, auch wenn wir mehrheitlich eine andere Ansicht haben.
Zustimmung, einstimmig

6. Verschmutzte Straßenränder, Parkbuchten und Grünstreifen im Hirschgartenviertel
K

Kenntnisnahme
einstimmig

5.3 Anhörungen

1. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Döllinger Straße 32

Zustimmung zur Fällung, Ersatzpflanzung, ggf Torso des Baums als Totholz-Lebensraum erhalten
einstimmig
Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

2. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
   Nachtigalstraße 27

   Ortsbildprägend, Ablehnung der Fällung
   einstimmig
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

3. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
   Mareesstraße 8

   Baum ist in keinem guten Zustand, nicht ortsbildprägend, Zustimmung zur Fällung gegen Ersatzpflanzung
   einstimmig
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

4. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
   Südliche Auffahrtsallee 23

   Ortsbildprägend, Ablehnung der Fällung
   einstimmig
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

5. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
   Von-Goebel-Platz 4

   Zwei Bäume, Esche und Ulme, Esche ist ortsbildprägend, Ablehnung der Fällung
   einstimmig
   Ulme nicht ortsbildprägend, Zustimmung zur Fällung gegen Ersatzpflanzung
   mehrheitlich
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

6. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
   Isensteinstraße 5

   Nicht ortsbildprägend, Zustimmung Fällung gegen Ersatzpflanzung
   einstimmig
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

7. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
   Romanstraße 7

   Baum wurde bereits gefällt. Nachfragen, ob die Genehmigung bereits erteilt wurde.
   einstimmig
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

8. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
   Thusnelda-Lang-Brumann-Straße 21

   Zustimmung mehrheitlich
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

9. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
   Gudrunstraße 5

   Rubinie, ortsbildprägend, Ablehnung der Fällung
   einstimmig
   Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

10. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Renatastraße 33

Ortsbildprägend, Ablehnung der Fällung
einstimmig
Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

11. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Nördliche Auffahrtsallee 30

Ortsbildprägend, ggf. Pflegeschnitt, Ablehnung der Fällung
einstimmig
Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

12. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Arnulfstraße 93

Zwei Bäume, Mistelfbefall, jedoch ortsbildprägend, Ablehnung der Fällung, Pflegeschnitt zur Mistelentfernung
einstimmig
Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

13. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Montenstraße 5

Mächtige Birke, ortsbildprägend, Ablehnung der Fällung
einstimmig
Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

14. Anhörung zu Baumfällungsantrag:
Südliche Auffahrtsallee 34

Zustimmung zur Fällung gegen Ersatzpflanzung (vorzugsweise wieder ein Obstbaum)
einstimmig
Zustimmung, einstimmig (hinsichtlich der Empfehlung des UA Umwelt)

15. Aufruf des BA 17: Finanzielle Unterstützung und Einrichtung von Taubenhäusern
K

Kenntnisnahme
Einstimmig
Siehe auch 5.2.2

5.4 Antwortschreiben

1. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Brachlie-
K gendes Baugelände Hirschgartenallee 19 Ecke Frickastraße" - Antwortschreiben des BAU
- Bezug: TOP 5.2.2 aus 12/2025 –

Kenntnisnahme
Einstimmig

2. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Umge-
K staltung des Platzes Romanstraße Ecke Hirschgarten Allee und der Einmündung in die Gassnerstraße" - Antwortschreiben des MOR
- Bezug: TOP 5.2.4 aus 12/2025 –

Kenntnisnahme
Einstimmig

3. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Anfrage
K zu den Baumaßnahmen in der Nederlinger Straße" - Antwortschreiben des BAU
- Bezug: TOP 5.2.1 aus 12/2025 –

Kenntnisnahme
Einstimmig

4. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Lärmbe-
K lästigung Maria-Luiko-Straße" - Antwortschreiben des RKU
- Bezug: TOP 5.2.5 aus 12/2025 –

Kenntnisnahme
Einstimmig

5. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Fehlende
K Bäume oder Grünstreifen mit Sträuchern im vorderen Bereich der Ginhardtstraße rechtsseitig" - Antwortschreiben des BAU
- Bezug: TOP 5.2.2 aus 11/2025 –

Kenntnisnahme
Einstimmig

6. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Illegale
K Müllentsorgung an der Ecke Leonrodstraße / Albrechtstraße" - Antwortschreiben der AWM
- Bezug: TOP 5.2.3 aus 01/2026 –

Kenntnisnahme
Einstimmig

7. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Ver-
K schmutzte Wertstoffinsel am Herzzentrum in der Lazarettstraße" - Antwortschreiben der AWM
- Bezug: TOP 5.2.4 aus 01/2026 –

Kenntnisnahme
Einstimmig

8. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Wertstoff-
K insel De-la-Paz-Straße" - Antwortschreiben der AWM
- Bezug: TOP 5.2.6 aus 01/2026 –

Kenntnisnahme
Einstimmig

9. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Verbesserung der Situation am Hubertusbrunnen am Ende des Nymphenburger Schlosskanals" - Antwortschreiben der Bayerischen Schlösserverwaltung
- Bezug: TOP 5.2.3 aus 12/2025 –

Weiterleitung an Gartenbau
Einstimmig
Zustimmung, einstimmig

10. Antrag - "Sommerspritzer" auch für Neuhausen-Nymphenburg
K BA-Antrag Nr. 20-26 / B 07988

Kenntnisnahme
Einstimmig

5.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. Regionaler Planungsverband München (RPV);
K Ausweisung von Vorranggebieten für die Errichtung von Windenergieanlagen;
Stellungnahme der Landeshauptstadt München im zweiten Beteiligungsverfahren
Informationen über die Windkraftanlagen im Forstenrieder Park
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 03127 der Bürgerversammlung des 19. Stadtbezirkes Thalkirchen vom 29.10.2025
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18846

Kenntnisnahme
Einstimmig

5.6 Verschiedenes

1. Öffentlichkeitsarbeit des UA

2. Stellungnahme des BA 9 an die LBK zum Baumfällungsantrag:
K Walhallastraße 7

Aus BA-Sicht ist Baum 1, die Scheinzypresse, für die Walhallastraße in diesem Abschnitt ortsbildprägend; Baum 2, die Thuja, hingegen kaum. Inwiefern das Mauerwerk beeinträchtigt ist, kann hier nicht beurteilt werden. Für das Ortsbild wäre jedoch die Fällung von Baum 1 eine deutliche Beeinträchtigung, weshalb die Fällung von Baum 1 daher abzulehnen ist.

Kenntnisnahme
Einstimmig

6. Unterausschuss für Soziales, Integration und Wohnen

6.1 Entscheidungsfälle

1. (E) Stadtbezirksbudget
WV Arbeitsgruppe Buhlstraße e.V., Treff Mosaik
03/ WENDO Selbstbehauptungstraining für Frauen und Mädchen am 28.02.2026
20 932,14€; Az. 0262.100-9-0924
26 Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19096

Wiedervorlage 03/26; da Antragsstellerin im März zu Besuch kommt.
Zustimmung, einstimmig

6.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. CSU-Fraktion: Antrag - Prüfung der künftigen Ausgestaltung der Zuständigkeiten zur Extremismus- und Antisemitismusprävention im Stadtbezirk

   Anregung den Antrag in der Runde der Beauftragten gegen Rechtsextremismus zu besprechen. Die anwesenden Antragsteller werden es mit den abwesenden Antragstellern besprechen. Vertagt ins Plenum.
   Einstimmig

   Frau Waldner schlägt vor, den Antrag zu vertagen.
   Herr Stummvoll betont die erhebliche Wichtigkeit des Themas und weist darauf hin, dass es sich hierbei um die einzige Beauftragung von verschiedenen Personen aus unterschiedlichen Fraktionen im BA handelt. Er hebt hervor, dass die beauftragten Personen die Verantwortung tragen, das Thema umfassend zu diskutieren und ihre Ergebnisse sowie Empfehlungen im kommenden März vorzutragen.

   Abstimmung im Plenum (über die Vertagung in die März-Sitzung):
   Zustimmung, einstimmig

2. Rückfrage zur Parkbank vor meinem Balkon – Lärmbelästigung und Alkoholkonsum

   Antragsstellerin ist zu Gast und trägt ihr Anliegen vor;
   Die Bürgerin macht einen Vorschlag die Bänke in den nahegelegenen Park zu versetzten.
   Frau Waldner und Herr Shah machen einen Ortstermin, um die Situation anzusehen. Bericht dazu im März.
   Einstimmig.
   Zustimmung, einstimmig

3. Anliegen zum geplanten ASZ in der Arnulfstraße

   Antwortschreiben an die Antragstellerin:

   Sehr geehrte Frau…,
   vielen Dank für Ihre Mail vom 03.02.2026.
   Auch aus der Sicht des Bezirksausschusses ist es sehr unbefriedigend, dass Planungsprozesse manchmal sehr lange dauern. Nach Umzug der Stadtbücherei in die Nymphenburgerstr. war schnell klar, dass die Fläche für eine soziale Nutzung verwendet werden soll. Auf der Grundlage der Bedarfszahlen hat sich der Stadtrat mit Unterstützung des Bezirksausschusses entschlossen, hier das dringend nötige 2. Altenservicezentrum für Neuhausen/Nymphenburg zu realisieren.
   Nachdem sich die Planungen dafür sich aus unterschiedlichen Gründen immer wieder verzögert haben, wird das Grundstück derzeit für die Baustellenmaterialen für den Bau der Tramwesttangente vorgehalten. Aufgrund der Haushaltslage der Landeshauptstadt ist im Moment allerdings nicht klar, ob der beabsichtigte Bau des Altenservicezentrums in absehbarer Zeit hier realisiert werden kann. Eine Entscheidung des Stadtrates dazu steht derzeit noch aus.
   MFG
   Einstimmig
   Zustimmung, einstimmig

6.3 Anhörungen

6.4 Antwortschreiben

1. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "München
K

ist reich und wird zunehmend dekadenter" - Antwortschreiben der LBK
- Bezug: TOP 6.2.1 aus 01/2026 –

Kenntnisnahme, einstimmig

6.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

6.6 Verschiedenes

1. Berichte der Beauftragten

   Integration: Samstag 16:00 Uhr im Backstage Kandidaten Check für Menschen mit Migrationshintergrund.
   Senioren: Toller Senioren Fasching
   Jugend: am 04.03. ist eine Sitzung des AK Übergang Schule Beruf
   Kinder: Pizza, Popcorn und Politik in der Oase war gut.

2. Öffentlichkeitsarbeit des UA

3. Sorgende Hausgemeinschaften in der Stupfstraße - Ein Konzept der offenen Seniorenarbeit der Münchner Wohnen GmbH

   *Vertreter*innen der Münchner Wohnen stellen das Konzept der Sorgenden Hausgemeinschaft vor und die Umsetzung in Neuhausen Nymphenburg.*
   Standort Stupfstraße war zuerst als "Wohnen im Viertel" geplant, konnte aber nicht realisiert werden, da sehr klein, daher keine Kooperation mit einem Pflegedienst für den Standort möglich. Kein Service Büro möglich. Daher Entscheidung, an diesem Platz ein anderes Konzept umzusetzen.
   Jetzt "Sorgende Hausgemeinschaft";
   Wohnkonzept (über das ASZ akquiriert) für Menschen ab 55 und geringem Einkommen. Richtet sich an Menschen, die ihre Nachbarschaft und die Hausgemeinschaft mitgestalten wollen.
   In Kooperation der Münchner Wohnen mit der Mitbauzentrale wurden die zur Verfügung stehenden Wohnungen jetzt an 6 Damen vergeben, mit ½ Jahr moderierter Beginn des Zusammenlebens. Mietbeginn 01.04.26. Mit diesem Konzept
   Ein Handout wird von den Gästen zur Verfügung gestellt und via Mail an die Mitglieder des BA versandt.

7. Unterausschuss für Kultur

7.1 Entscheidungsfälle

1. (E) Stadtbezirksbudget
   Initiative "Textilwerkstatt"
   Stadtteilwerkstatt für Textiles vom 01.01.-31.12.2026
   5.240,00€; Az. 0262.100-9-0918
   Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18907

   2.600 €, mehrheitlich

   Beschluss: Zustimmung, einstimmig

   Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der Fördersumme in Höhe von 2.600,00 €):
   Zustimmung, einstimmig

2. (E) Stadtbezirksbudget
Init. "Würdest du lieber...?"
Entscheidungs-Abenteuer für Menschen ab 3 Jahren im am 24./25./26.04.2026
2.000,00€; Az. 0262.100-9-0926
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18906

Volle Summe, mehrheitlich
Beschluss: Zustimmung, einstimmig

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):
Zustimmung, einstimmig

3. (E) Stadtbezirksbudget
Kunstzentrat e.V.
„Festival für experimentelle Musik und Performance "Taxi Salon" vom 01.01.26 - 30.05.2026“
2.494,00 € / AZ: 0262.0-9-0912
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18594

Ablehnung, einstimmig

Abstimmung im Plenum:
Ablehnung, einstimmig

4. (E) Stadtbezirksbudget
Tanztendenz München e.V.
Standpunkt.e -welcome to my world mit Omar Rajeh Lyon/Beirut vom 23. -28.02.2026
2.500,00€; Az. 0262.100-9-0923
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19077

1.250 €, einstimmig

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der Fördersumme in Höhe von 1.250,00 €):
Zustimmung, einstimmig

5. (E) Stadtbezirksbudget
Initiative "Around Sonor"
Konzertveranstaltung "Around Sonor" vom 20.04.-20.07.2026
1.865,00€; Az. 0262.100-9-0930
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19079

Volle Summe, einstimmig

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):
Zustimmung, einstimmig

6. (E) Stadtbezirksbudget
Verein zur Förderung urbaner Kunst e.V.
"Level Up Wall" Neugestaltung der Wände in der Jugendbibliothek vom 27.02.-01.03.2026
1.000,00€; Az. 0262.100-9-0929
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19075

Volle Summe, einstimmig

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):
Zustimmung, einstimmig

7. (E) Stadtbezirksbudget
Init. Kunstprojekt Hausblick
Kunstprojekt "Hausblick" von Juni- August 2026
15.200,00€; Az. 0262.100-9-0934
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19060

Ablehnung, einstimmig
Entwurf Begründungsschreiben zur Abstimmung im Plenum

Sehr geehrte Antragstellende,
der Bezirksausschuss hat in der Vergangenheit viele Streetart-, Graffiti- und andere Projekte zur künstlerischen Gestaltung des öffentlichen Raums gefördert und sich darüber hinaus auch für Freigaben von unterschiedlichsten Flächen eingesetzt, Gestaltungsprojekte selbst organisiert, koordiniert oder hierbei mitgewirkt. Auch ihr Projekt wurde vom Bezirksausschuss wohlwollend geprüft, bedauerlicherweise übersteigt die von Ihnen hierfür beantragte Summe deutlich das, was der Bezirksausschuss hierzu an Mitteln zur Verfügung stellen kann. Den Bezirksausschuss erreichen eine Vielzahl von Anträgen bzgl. des Stadtbezirksbudgets und die Förderung sämtlicher Projekte ist nicht möglich. Wir treffen daher immer eine Abwägung – und nehmen eine Prüfung der Höhe nach vor und der damit einhergehenden Gewichtung. Demnach kommt leider eine Förderung Ihres Projekts in voller Höhe nicht in Betracht. Der vorberatende Unterausschuss hat in seiner Sitzung neben der Ablehnung auch eine deutliche Kürzung auf 1/3 der Antragssumme diskutiert – war allerdings der Ansicht, dass eine Realisierung bei dieser deutlichen Kürzung nicht mehr möglich ist. Sollten Sie eine Realisierung - etwa mit zusätzlichen Drittmitteln - dennoch anstreben, stünde Ihnen natürlich eine erneute Antragstellung offen. Für diesen Fall möchten wir außerdem darauf hinweisen, dass der Unterausschuss sich außerdem kritisch mit der Frage auseinandergesetzt hat, dass es sich um ein Privathaus handelt und hierzu keinerlei Ausführungen in Ihrem Antrag enthalten waren.
MfG

Wortmeldung im Plenum:
Herr Norden erläutert, dass im Viertel in der Vergangenheit derartige Formate unterstützt wurden, und erinnerte an die Projektvorstellung, die im vorherigen Monat stattfand. Im Unterausschuss empfahlen die Anwesenden jedoch, den vorliegenden Antrag abzulehnen. Herr Norden betont, dass das Projekt in seiner gegenwärtigen Form voraussichtlich nicht realisiert werden kann.
Herr Lirawi erinnert den BA an den Vortrag des Künstlers unter TOP 2.1.1 und schlägt vor, den Budgetantrag zu vertagen.

Abstimmungen im Plenum:
Ablehnung, mehrheitlich (über die Vertagung; u.a. gegen die Stimmen der CSU-Fraktion)
Ablehnung, einstimmig (über den Budgetantrag)
Zustimmung, einstimmig (über das Antwortschreiben an den Antragsteller)

8. (E) Stadtbezirksbudget
Verein für Stadtteilkultur Neuhausen-Nymphenburg e.V.
Ferienfilm-Workshop "Machs Kurz" vom 06.-10.04.2026
4.863,75€; Az. 0262.100-9-0932
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19097

Volle Summe, mehrheitlich in Abwesenheit der Vorstandsmitglieder

Gemäß Aufforderung durch Herrn Shah verlassen die Vorstandsmitglieder des Vereins für Stadtteilkultur Neuhausen-Nymphenburg e.V. den Saal

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):
Zustimmung, einstimmig

9. (E) Stadtbezirksbudget
Init. "Degentrify"
Dokumentarfilm "Degentrify" vom 20.02. - 30.09.2026
3.000,00€; Az. 0262.100-9-0935
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19099

Volle Summe, einstimmig

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):
Zustimmung, einstimmig

10. (E) Stadtbezirksbudget
Younique-Kids
Afro-German Young Talent 2026 Kick-off & Workshopphase vom 16.03. - 05.04.2026
696,67€; Az. 0262.0-9-0931
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 19074

Vertagung ins Plenum wg. Rückfragen Projektdetails. Wenn keine AW bis Plenum: Vertagung März

Wortmeldung im Plenum:
Herr Norden informiert den BA, dass das Projekt keinen Stadtteilbezug hat.

Abstimmung im Plenum:
Ablehnung, einstimmig

11. (E) Stadtbezirksbudget
Init. "Smirnova -nodepressionroom"
Bildende Kunst, Ausstellung mit Silent-Live-Konzert, nodepressionroom Offspace vom 16.-29.03.2026
976,28€; Az. 0262.100-9-0936

Volle Summe, einstimmig

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der vollen Fördersumme):
Zustimmung, einstimmig

12. (E) Stadtbezirksbudget
N Init. "Gestaltung Donnersberger"
Gestaltung SWM Donnersberger vom 01.05.-30.06.2026
2.700,00€; Az. 0262.100-9-0938

1.350 €, mehrheitlich

Abstimmung im Plenum (über die Gewährung der Fördersumme in Höhe von 1.350,00 €):
Zustimmung, einstimmig

7.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. Gestaltung einer Skatebowl sowie Kletterwand im Hirschgarten
N

Grundsätzliche Unterstützung, Anfrage an KULT, einstimmig

Sehr geehrte Damen und Herren im Kulturreferat,
uns hat die hier beigefügte Anfrage erreicht, die wir ausdrücklich unterstützen. Wir bitten daher um Überprüfung, ob die Fläche freigegeben werden kann und bitten um (hoffentlich positive)

Rückmeldung an den Bezirksausschuss.
MfG
Zustimmung, einstimmig

7.3 Anhörungen

7.4 Antwortschreiben

1. Antrag - Überfinanzierung und sozialverträgliche Mietstruktur im Kreativlabor
K - Bezug: TOP 7.2.1 aus 11/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08371

Kenntnisnahme

2. Bürgeranliegen an den Bezirksausschuss 9 Neuhausen-Nymphenburg zum Thema "Durchfüh-
WV rung einer Stadtteilwoche in Neuhausen-Nymphenburg" - Antwortschreiben des KULT
06/ - Bezug: TOP 7.2.1 aus 01/2026 –
20
26 *WV Juni 2026,*
(um dem neuen Bezirksausschuss nicht vorzugreifen und diesen auch gleich einzubeziehen. Daher: Beschluss, dass/ob Bezirksausschuss Stadtteilwoche möchte und AW an Bürgerin erst nach Juni 2026)
Zustimmung, einstimmig

3. Antrag - Wo sind nur die Briefe hin?
K - Bezug: TOP 7.2.1 aus 09/2025 -
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08167

Kenntnisnahme

7.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

1. Unterstützung junger Erwachsener durch Schaffung betreuter Wohnmöglichkeiten im Kreativ-
K labor
BV-Empfehlung Nr. 20-26 / E 03225 der Bürgerversammlung des 09. Stadtbezirkes Neuhausen vom 24.11.2025
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18688

Kenntnisnahme

7.6 Verschiedenes

1. Berichte Veranstaltungen

Weiberfasching im Trafo wurde als sehr erfolgreich wahrgenommen

2. Öffentlichkeitsarbeit des UA

3. Referenzschreiben für die Neubewerbung Kultur im Trafo

Vergabe für 5 Jahre, Ausschreibung online bis 15. März. Stadtteilkulturverein beabsichtigt Neubewerbung. 12. März MV hierzu.
Zustimmung, einstimmig in Abwesenheit der Vorstandsmitglieder
Zustimmung, einstimmig

4. Arbeitsaufnahme des vom Stadtrat beschlossenen "Operativ- und Sanierungsausschuss im
WV Kreativlabor" (vgl. 3.3.2. der BV)
06/
20 *Einladung der UA-Vorsitzenden angrenzender BAs. Da Eile geboten beginn noch in diesem*
26 *alten BA.*
Beschluss: Entsendung durch UA-Vorsitz + Stv. bis April. Zusätzlich WV im Juni zur erneuten Bestimmung der Vertretung, einstimmig
Zustimmung, einstimmig

8. Unterausschuss für Bildung, Sport und Gesundheit

8.1 Entscheidungsfälle

1. (E) Stadtbezirksbudget
Schulverein Ernst Adam (Nymphenburger Schulen)
„Aufführung einer Schulfassung der Oper Hänsel und Gretel vom 23.02.-13.07.2026“
4.600,00 € / AZ: 0262.100-9-0920
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18884

CSU: Volle Summe abgelehnt
FDP: 2500 Euro abgelehnt bei Stimmgleichheit
1000 Euro mehrheitlich beschlossen

Wortmeldung im Plenum:
Herr Schwirz äußert im Namen der CSU-Fraktion die Auffassung, dass die vorgeschlagene Fördersumme, welche in der Unterausschusssitzung beschlossen wurde, für das umfangreiche Projekt als unzureichend erachtet wird. Er weist darauf hin, dass die Schule plant, innerhalb mehrerer Wochen eine Oper auf die Beine zu stellen, was einen erheblichen finanziellen Aufwand erfordert. Aus Sicht der CSU-Fraktion ist es daher notwendig, die volle Summe zu bewilligen, um die erfolgreiche Realisierung des Projekts sicherzustellen.
Herr Züchner informiert die Anwesenden darüber, dass das Käthe-Kollwitz-Gymnasium auch mehrere Theateraufführungen in diesem Jahr durchführt. Er führt aus, dass die Schule bisher noch nie einen Antrag auf finanzielle Unterstützung gestellt hat. In Anbetracht dieser Umstände hält er die vorgeschlagene Summe von 1.000,00 € für angemessen.
Herr Donauer äußert, dass das geplante Projekt grundsätzlich positiv bewertet wird. Er informiert den BA, dass in München verschiedene Fördertöpfe für Schultheaterprojekte zur Verfügung stehen, was die Notwendigkeit unterstreicht, das Verhältnis der beantragten Mittel zu den vorhandenen Ressourcen zu berücksichtigen. Er stellt fest, dass der größte Posten im Antrag zusätzliche zwei Stunden für die Lehrkräfte umfasst. Vor diesem Hintergrund hält er die vorgeschlagene Summe von 1.000,00 € für angemessen.
Herr Meyer schlägt eine Fördersumme in Höhe von 2.500,00 € vor und spricht sich für die Unterstützung dieses Antrags aus. Er betont die Wichtigkeit, das Engagement vor Ort zu fördern, insbesondere im Bereich der Bildungsprojekte im Viertel, da solche Themen nicht häufig auf der Tagesordnung stehen.
Frau Dr. Leuchtweis erläutert, dass im Vergleich zu anderen Schulen, wie der Rudolf-Diesel-Schule, im vergangenen Jahr bereits auch erhebliche Kürzungen vorgenommen wurden. Daher sei aus ihrer Sicht die vorgeschlagene Summe von 1.000,00 € angemessen.

Abstimmungen im Plenum:
Ablehnung, mehrheitlich (über die Gewährung der vollen Fördersumme; u.a. gegen die Stimmen der CSU-Fraktion)
Ablehnung, mehrheitlich (über die Gewährung einer Fördersumme in Höhe von 2.500,00 €; u.a. gegen die Stimmen der CSU- und FDP-Fraktion)
Zustimmung, einstimmig (über die Gewährung einer Fördersumme in Höhe von 1.000,00 €)

8.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

1. Grüne-Fraktion: Antrag - Außenwirkung der BAs durch Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit sicherstellen

WV 06/20 26 Bezug: TOP 9.2.2 aus 12/2025 - WV in 01/2026 - WV in 02/2026 –

Es gibt Neuigkeiten: tz und Merkur wollen doch wieder regelhaft eine Redakteurin zu den BA-Sitzungen schicken und auch demnächst einen Newsletter für unser Stadtviertel anbieten. Daher der Vorschlag der Grünen, den Antrag aktuell zurückzuziehen und die weitere Entwicklung abzuwarten.
Vertagung auf 06/26 einstimmig
Zustimmung, einstimmig

2. SPD-Fraktion: Antrag - Schwimmunterricht an der Grundschule Hirschbergstraße

Einstimmig angenommen

Frau Mühlhäuser unterstreicht die hohe Relevanz des Schwimmunterrichts für die SPD-Fraktion. Sie weist darauf hin, dass die Schwimmkompetenz in der Bevölkerung zunehmend abnimmt. Diese Entwicklung sei besorgniserregend, insbesondere da durch häufige Lehrerwechsel die Verfügbarkeit von Fachlehrern, die qualifizierten Schwimmunterricht erteilen können, eingeschränkt ist. So auch in der Grundschule Hirschbergstraße. Frau Mühlhäuser fordert daher mehr Flexibilität in der Planung und Durchführung des Schwimmunterrichts. Sie betont, dass dies eine zentrale Botschaft an das RBS darstellt, um sicherzustellen, dass mehr Schwimmunterricht angeboten wird.
Zustimmung, einstimmig

3. SPD-Fraktion: Antrag - Auslastung der Mittelschulen, Einhaltung Sprengelpflicht und Bedarfsprognose

Einstimmig angenommen

Frau Dr. Leuchtweis informiert die Anwesenden über die bestehende Sprengelpflicht im Bereich der Mittelschulen. Sie weist darauf hin, dass in Neuhausen-Nymphenburg zwei Mittelschulen vorhanden sind, die in diesem Kontext relevant sind.
Frau Knorr-Köning betont die dynamische Entwicklung des Stadtbezirks und stellt in Aussicht, dass im Zuge laufender Baumaßnahmen mit einem Anstieg der Anzahl an Schüler*innen zu rechnen ist. Sie äußert die Befürchtung, dass in Zukunft eine erhebliche Überlastung der bestehenden Schulen zu erwarten ist. Besonders verweist sie auf die Winthirschule, in deren Sprengel zahlreiche neue Schüler*innen wohnen werden. In diesem Zusammenhang forderte sie das RBS auf, aktuelle Prognosen zur Schülerentwicklung bereitzustellen.
Zustimmung, einstimmig

8.3 Anhörungen

1. BA-Anhörung: Finanzierung Wassergymnastik in der Olympia-Schwimmhalle
Empfehlung Nr. 20-26 / E 03218 der Bürgerversammlung des Stadtbezirkes 09 -Neuhausen – Nymphenburg vom 24.11.2025
Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 18980

Zustimmung zur Vorlage einstimmig
Zustimmung, einstimmig

8.4 Antwortschreiben

1. Antrag - Anspruch auf Ganztagsbetreuung - Sachstand Neuhausen-Nymphenburg
   - Bezug: TOP 8.2.1 aus 10/2025 -
   BA-Antrag Nr. 20-26 / B 08271

   Kurze Rückmeldung an das RBS: Wenn es eine Evaluation der Qualität der Ganztagesbetreuung gibt, wünschen wir eine Auswertung für Neuhausen-Nymphenburg.

   Frau Dr. Leuchtweis äußert ihre Bedenken hinsichtlich des Antwortschreibens, das auflistet, an welchen Schulen der Ganztagsunterricht angeboten werden kann und an welchen nicht. Sie kritisiert, dass der Fokus des Antrags lediglich auf der quantitativen Verfügbarkeit des Ganztagsangebots liegt, ohne dass die Qualität der Angebote berücksichtigt wird.
   Herr Meyer äußert seinen Unmut über die Tatsache, dass es weiterhin drei Schulen gibt, an denen kein Ganztagsunterricht angeboten wird. Er zeigt sich überrascht über die unzureichende Klarheit in der Zusammenarbeit mit den Sportvereinen und darüber, wie die Umsetzung des Ganztagsangebots in diesem Kontext erfolgt. Er erläutert, dass der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung bis 16:00 Uhr besteht und dass die Schüler*innen danach die Möglichkeit haben, zu den Sportvereinen zu wechseln. In diesem Zusammenhang betont er die Bedeutung einer engen Kooperation zwischen den Sportvereinen und den Schulen.
   Frau Dr. Wirts thematisiert die Frage, welche Art der Betreuung für die Schüler*innen als optimal angesehen wird. Sie weist darauf hin, dass die gegenwärtige Situation potenziell zu einem Mitgliederschwund in den Sportvereinen führen könnte, da den Schüler*innen möglicherweise weniger Zeit für sportliche Aktivitäten zur Verfügung steht. In diesem Zusammenhang betont sie die Notwendigkeit, das Ganztagsangebot nicht nur quantitativ, sondern auch inhaltlich sinnvoll zu gestalten.

   Abstimmungen im Plenum:
   Zustimmung, einstimmig (über die Rückmeldung an das RBS)
   Zustimmung, einstimmig (über die Vertagung in die Dezember-Sitzung)

8.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

8.6 Verschiedenes

1. Öffentlichkeitsarbeit des UA

   Thema Ganztagesbetreuung in Neuhausen-Nymphenburg: Der Bezirksausschuss begrüßt die Maßnahmen des RBS, den Ausbau der Ganztagesbetreuung zeitnah voranzutreiben. Neben der Menge der angebotenen Plätze ist der Bezirksausschuss auch an Art und Qualität der außerschulischen Betreuung interessiert; wenn Auswertungen zur Qualität der Betreuung vorliegen, bittet der BA, dies auch für Neuhausen-Nymphenburg auszuwerten und die Ergebnisse dem Gremium vorzulegen.

9. Anhörungen, Unterrichtungen, Schriftwechsel und Informationen

9.1 Entscheidungsfälle

9.2 Anliegen von Bürger*innen, Anträge

9.3 Anhörungen

1. Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund gem. §29 der StVO;
   Hier: SPD Sommerfest am 04.07.2026 auf dem Rotkreuzplatz
   - Stellungnahmeersuchen des KVR mit Frist bis zum 27.02.2026 –
   Zustimmung, einstimmig

2. BA-Anhörung: Wings for Life World Run 2026 am 10.05.2026
   - Stellungnahmeersuchen des KVR mit Frist bis zum 02.03.2026 –
   Zustimmung, einstimmig

3. Veranstaltung auf öffentlichem Verkehrsgrund gem. §29 der StVO;
   Hier: Bluesfest auf dem Rotkreuzplatz am 16.08.2026
   - Stellungnahmeersuchen des KVR mit Frist bis zum 31.03.2026 –
   Zustimmung, einstimmig

9.4 Antwortschreiben

1. BA 9: BA-Schaukasten am Standort Erika-Mann-Straße
   - Bezug: TOP 9.4.8 aus 12/2025 - WV in 01/2026 - WV in 02/2026 -
   BA-Antrag Nr. 20-26 / B 07913

   Frau Lobinger schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt in die März-Sitzung zu vertagen.
   Zustimmung, einstimmig

2. Kündigung der Redaktion von HALLO München – Anliegen des Bezirksausschusses Neuhausen-Nymphenburg - Antwortschreiben der HALLO München
   - Bezug: TOP 9.5.5 aus 12/2025 –

   Kenntnisnahme

3. Antwortschreiben der anderen BAs zum Thema "Solidarität mit der ehemaligen Redaktion des HALLO-Werbeblatts und Sorge um die zukünftige Berichterstattung"
   - Bezug: TOP 9.4.3 aus 01/2026 –

   Kenntnisnahme

9.5 Unterrichtungen, Kenntnisnahmen

9.6 Verschiedenes

10. Nicht-öffentliche Sitzung

<u>Sitzungstermine und -orte der Unterausschüsse:</u>

Umwelt	Montag, 16.02.2026, 18:00 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a
Verkehr	Dienstag, 17.02.2026, 19:00 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a
Bau	Mittwoch, 18.02.2026, 18:00 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a
Kultur	Mittwoch, 18.02.2026, 19:30 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a

Soziales	Donnerstag, 19.02.2026**,** 18:00 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a
Bildung	Donnerstag, 19.02.2026, 19:30 Uhr, Trafo-Neuhausen, Nymphenburger Str. 171 a

Sitzungsende (öffentliche Sitzung): 21:47 Uhr

gez.

Leonie, Lobinger
Vorsitzende

gez.

Protokoll
D-II-BA